Landesverfassungsgesetz vom, mit dem die Burgenländische Gemeindeordnung geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1999)

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Gemeindeordnung, LGBl. Nr. 37/1965, in der Fassung der Landesverfassungsgesetze LGBl. Nr. 47/1970, 13/1972, 33/1977, 58/1987, 20/1991, 55/1992, 6/1996, 25/1997 und 14/1998 sowie der Kundmachungen LGBl.Nr. 10/1966 und 44/1997, wird wie folgt geändert:

1. § 17 Abs. 2 letzter Satz entfällt.

2. § 32 lautet:

„§ 32

Vertretung des Bürgermeisters

Bei Verhinderung oder Erlöschen seines Amtes wird der Bürgermeister durch den Vizebürgermeister, bei mehreren Vizebürgermeistern nach der Reihenfolge ihrer Wahl, vertreten. Sind sowohl der Bürgermeister als auch alle Vizebürgermeister zur Ausübung ihres Amtes nicht in der Lage, so kommt dem an Jahren jeweils ältesten Gemeindevorstandsmitglied - mangels eines solchen dem an Jahren ältesten Gemeinderatsmitglied - jener Gemeinderatspartei, der der Bürgermeister angehört, in Ermangelung solcher dem an Jahren ältesten Gemeinderatsmitglied die Funktion des Vertreters des Bürgermeisters zu.“

3. § 41 Abs. 3 lautet:

„(3) Alle Mitglieder haben ihr Stimmrecht persönlich auszuüben. Die Abgabe der Stimme erfolgt durch Bejahung oder Verneinung des Antrages ohne Begründung. Sofern es der Gemeinderat beschließt, hat die Besetzung von Dienstposten unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen der Gemeindevahlordnung über die Wahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat zu erfolgen. Hiebei ist § 48 Abs. 5 lit. a nicht anzuwenden.“

4. § 56 wird folgender Abs. 4 angefügt:

“(4) Haben Gemeinden Aufgaben zu erfüllen, die marktbestimmte Tätigkeiten zum Gegenstand haben, können diese über Beschluß des Gemeinderates zu Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit erklärt werden. Sie bedürfen eines Betriebsstatutes und eines Betriebsleiters.“

5. § 61 Abs. 3 lautet:

"(3) Bei der Beschlußfassung des Voranschlages sind die Grundsätze über die Haushaltskoordinierung, die das nach Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden betreffend die Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden (Österreichischer Stabilitätspakt), LGBl.Nr. 40/1999, eingerichtete Koordinationskomitee des Landes festlegt, einzuhalten."

6. Dem § 61 Abs. 3 werden folgende Abs. 4 und 5 angefügt:

"(4) Nach Beschlußfassung hat der Bürgermeister den Voranschlag unverzüglich der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Sofern der Voranschlag nicht rechtzeitig beschlossen werden kann, hat der Bürgermeister bis spätestens 31. Jänner des Haushaltsjahres den Entwurf des Voranschlages der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

(5) Der Bürgermeister hat den Voranschlag oder den Entwurf des Voranschlages (Abs. 4) der Aufsichtsbehörde im Wege der Datenfernverarbeitung zu übermitteln. Solange die Gemeinde über diese technische Möglichkeit nicht verfügt, kann die Datenübermittlung mittels maschinell lesbarer Datenträger erfolgen. Über Verlangen der Aufsichtsbehörde sind dieser zwei Ausfertigungen des Voranschlages oder Voranschlagsentwurfes auch in schriftlicher Form vorzulegen."

7. § 65 lautet:

"§ 65

Aufnahme von Darlehen

"(1) Darlehen dürfen nur im Rahmen des außerordentlichen Voranschlages zur Bestreitung eines außerordentlichen Bedarfes aufgenommen werden, wenn eine anderweitige Bedeckung fehlt und die Verzinsung und Tilgung des aufzunehmenden Darlehens die Erfüllung der der Gemeinde obliegenden gesetzlichen Aufgaben und der privatrechtlichen Verpflichtungen nicht gefährdet.

(2) Darlehen, die das nach dem Voranschlags- und Rechnungsquerschnitt zu ermittelnde Maastricht-Defizit (Finanzierungssaldo) nachteilig verändern, dürfen nur aufgenommen werden, wenn

1. sie den Grundsätzen über die Haushaltskoordinierung entsprechen, die das nach Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden betreffend die Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden (Österreichischer Stabilitätspakt), LGBl.Nr. 40/1999, eingerichtete Koordinationskomitee des Landes festlegt, und
2. die Prüfung aller anderen Finanzierungsmöglichkeiten sie unumgänglich erscheinen lassen.

(3) Darlehen, die für Zwecke einer wirtschaftlichen Unternehmung aufgenommen werden sollen, die in Form eines marktbestimmten Betriebes geführt werden könnte, dürfen unbeschadet anderer gesetzlicher Bestimmungen nur aufgenommen werden, wenn die Gemeinde für diesen Zweck einen marktbestimmten Betrieb einrichtet.

(4) Wenn Darlehen aufgenommen werden, die mit dem Gesamtbetrag auf einmal zur Rückzahlung fällig werden, sind die Mittel zur Tilgung in einer Tilgungsrücklage anzusammeln.“

8. § 68 Abs. 1 letzter Satz entfällt.

9. § 68 Abs. 5 lautet:

“(5) Der Gemeinderat hat den Rechnungsabschluß so zeitgerecht zu genehmigen, daß dieser spätestens vier Monate nach Ablauf des Haushaltsjahres der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden kann.“

10. Dem § 68 werden folgende Abs. 6 und 7 angefügt:

“(6) Der Bürgermeister hat nach Ablauf des Haushaltsjahres einen Entwurf des Rechnungsabschlusses samt Beilagen zu erstellen und diesen so zeitgerecht der Aufsichtsbehörde vorzulegen, daß dieser spätestens am 31. Jänner bei der Aufsichtsbehörde einlangt. Diese Verpflichtung entfällt, wenn der vom Gemeinderat genehmigte Rechnungsabschluß bis zu diesem Zeitpunkt bei der Aufsichtsbehörde einlangt.

(7) Der Bürgermeister hat den Rechnungsabschluß oder den Entwurf des Rechnungsabschlusses (Abs. 5 und 6) der Aufsichtsbehörde im Wege der Datenfernverarbeitung zu übermitteln. Solange die Gemeinde über diese technische Möglichkeit nicht verfügt, kann die Datenübermittlung mittels maschinell lesbarer Datenträger erfolgen. Über Verlangen der Aufsichtsbehörde sind dieser zwei Ausfertigungen des Rechnungsabschlusses auch in schriftlicher Form vorzulegen.“

11. § 69 Abs. 1 und 2 lautet:

“(1) Für die Abwicklung der Kassengebarung in der Gemeinde ist der vom Gemeinderat zu bestellende Kassenführer (Gemeindekassier) zuständig. Ist die Funktion des Gemeindekassiers unbesetzt oder steht fest, daß der Gemeindekassier voraussichtlich durch mehr als zwei Wochen seine Funktion nicht ausüben kann, hat der Bürgermeister für diese Zeit einen Gemeindebediensteten als Gemeindekassier zu bestellen.

(2) Der Bürgermeister oder sonstige anordnungsbefugte Organe der Gemeinde dürfen weder die Gemeindekasse führen noch Zahlungen leisten oder entgegennehmen. Gemeinsam mit dem Gemeindekassier kann auch der Bürgermeister beim Zahlungsvollzug mitwirken.“

12. § 77 Abs. 2 lautet:

“(2) Die Vorstellung ist bei der Gemeinde schriftlich einzubringen; sie hat den Bescheid zu bezeichnen, gegen den sie sich richtet und einen begründeten Antrag zu enthalten. Die Vorstellung kann nach Maßgabe der vorhandenen technischen Möglichkeiten auch telegraphisch, fernschriftlich, mit Telefax, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch

möglichen Weise eingebracht werden. Die Gemeinde hat die Vorstellung unverzüglich, spätestens jedoch einen Monat nach ihrem Einlangen unter Anschluß der Verwaltungsakten der Aufsichtsbehörde (§ 79) vorzulegen. Es steht der Gemeinde frei, eine Äußerung zur Begründung des Vorstellungsantrages anzuschließen oder nachzutragen.“

13. § 83 Abs. 2 lautet:

“(2) Beschlüsse, die Gesetze und Verordnungen verletzen, hat die Aufsichtsbehörde aufzuheben. Sofern sich bei der Prüfung des Beschlusses über den Voranschlag eine Rechtswidrigkeit nur des außerordentlichen Teiles ergibt, kann sich die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses auf diesen Teil des Voranschlages beschränken. Die Organe der Gemeinde sind verpflichtet, den der Rechtsanschauung der Aufsichtsbehörde entsprechenden Rechtszustand herzustellen.“

Vorblatt

- Problem:** Die geltende Gemeindeordnung enthält keine ausreichenden Instrumente zur Kontrolle der Einhaltung der Stabilitätskriterien der burgenländischen Gemeinden.
- Ziel:** Einhaltung der Ziele der Haushaltskoordinierung und Vermeidung der Auferlegung von Sanktionslasten infolge von Überschreitungen der im Österreichischen Stabilitätspakt festgelegten Defizitquote.
- Lösung:** Ausgestaltung von Gemeindeaufsichtsmitteln, die geeignet sind, die Einhaltung der im Österreichischen Stabilitätspakt festgelegten Haushaltsziele zu gewährleisten.
- Alternativen:** Beibehaltung der bisherigen Rechtslage und Vertrauen auf die Selbstbeschränkung durch die Gemeinden.
- Kosten:** Kosten des Landes entstehen durch den zusätzlichen Verwaltungsaufwand bei der Erfassung und Aufbereitung der Haushaltsdaten für den Bund und das Koordinationskomitee des Landes sowie infolge der Datenübermittlungspflicht an den Bund. Letztere Kosten sind auch Folge der Vollziehung des Österreichischen Stabilitätspaktes. Dies gilt auch für die Einrichtung des Gemeinденetzwerkes, deren Kosten vom Land getragen werden.
- EU-Konformität:** Gegeben.

Erläuterungen Allgemeiner Teil

In der "Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften", LGBl.Nr. 2/1999, wurde der Abschluß eines "Österreichischen Stabilitätspaktes" vorgesehen, der die Verpflichtungen der Gebietskörperschaften zur nachhaltigen Einhaltung der Kriterien gemäß Art. 104c des EG-Vertrages durch die öffentlichen Haushalte der Republik Österreich, insbesondere im Hinblick auf die Regeln des Sekundärrechts über die Haushaltsdisziplin, regelt. Diese Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden betreffend die Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden (Österreichischer Stabilitätspakt), LGBl.Nr. 40/1999, enthält Bestimmungen über eine gemeinsame Haushaltskoordination, die mittelfristige Ausrichtung der Haushaltsführung, die Erstellung der Stabilitätsprogramme und insbesondere auch die Aufteilung der Defizitquoten und allfälliger Sanktionslasten zwischen Bund, den Ländern und den Gemeinden.

Gemäß Art. 1 Abs. 1 lit. a des Österreichischen Stabilitätspaktes sind auf Länderebene – analog dem gesamtösterreichischen Koordinationskomitee von Bund, Ländern und Gemeinden – Länder-Koordinationskomitees zwischen dem Land und den Gemeinden einzurichten, in welchem alle Angelegenheiten der Haushaltskoordination zwischen diesen Gebietskörperschaften beraten werden. Diesem Koordinationsgremium obliegt jedenfalls die gemeinsame Überwachung des öffentlichen Defizits. Gegenstand der Haushaltskoordination sind beispielsweise die Festlegung von Grundsätzen für die mittelfristige Ausrichtung der Haushaltsführung, die Festlegung gegenseitiger Informationspflichten und von Grundlagen zur Wahrnehmung von für die Haushaltskoordination relevanten Aufsichtsrechten, die Festlegung von Grundsätzen und Eckdaten für die Erstellung der Voranschläge des nächsten Jahres unter Berücksichtigung der Festlegung des gesamtstaatlichen Haushaltszieles und die Überwachung ihrer Einhaltung, die Überwachung der Entwicklung der Haushalte, des öffentlichen Defizits und des öffentlichen Schuldenstandes, die Ausarbeitung von Maßnahmen, wenn sich ein übermäßiges Defizit abzeichnet sowie die Festlegung der Defizitquote der Gesamtheit der Gemeinden des Landes.

Im Art. 4 des Österreichischen Stabilitätspaktes wurde die Defizitquote, die nicht überschritten werden darf, derart aufgeteilt, daß diese für Länder und Gemeinden insgesamt 0,3 % des Bruttoinlandsproduktes beträgt. Diese Defizitquote wurde gemäß Art. 5 des Österreichischen Stabilitätspaktes zu einem Anteil von 0,11 % auf die Länder ohne Wien, zu einem Anteil von 0,09 % auf Wien als Land und Gemeinde

sowie zu einem Anteil von 0,10 % des Bruttoinlandsproduktes auf die übrigen Gemeinden aufgeteilt. Von der Länderquote darf das Land Burgenland einen Anteil von 8,361486% und von der Gemeindenquote dürfen die Gemeinden des Burgenlandes insgesamt einen Anteil von 4,055238% nicht überschreiten.

Um den Aufgaben der Haushaltskoordinierung pflichtgemäß nachkommen zu können, bedarf das Land im Rahmen seiner Gemeindeaufsicht Instrumente, die im geltenden Gemeindeorganisationsrecht nicht ausreichend vorhanden sind. Vor allem fehlen der Gemeindeordnung bei der Haushaltsüberwachung jene Aufsichtsmittel, die sich am Haushaltsergebnis der Gesamtheit der burgenländischen Gemeinden orientieren.

Mit der vorliegenden Novelle sollen daher die Aufsichtsmittel neu gestaltet und dahingehend verändert werden, daß sie Eingriffsmöglichkeiten schaffen, um letztlich ein Überschreiten der im Österreichischen Stabilitätspakt normierten Defizitquote zu vermeiden.

Um die Einhaltung der Haushaltsziele überwachen zu können, muß die Gemeindeaufsichtsbehörde rechtzeitig Kenntnis von den Haushaltsdaten der Gemeinden bekommen. Da es auf die Gesamtheit der Haushaltsdaten der Gemeinden ankommt, muß gewährleistet werden, daß die Gemeinden die Daten auch dann liefern, wenn ein Voranschlag oder ein Rechnungsabschluß vom Gemeinderat noch nicht beschlossen wurde.

Aus diesen Gründen sollen die Gemeinden verpflichtet werden, bis 31. Jänner des Haushaltsjahres zumindest die Voranschlags- und die Rechnungsabschlußentwürfe der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Diese Haushaltsdaten werden das Koordinationskomitee des Landes in die Lage versetzen, Maßstäbe festzulegen, die beachtet werden müssen, damit die zugeteilte Defizitquote aller burgenländischen Gemeinden nicht überschritten wird.

So sollen etwa Beschlüsse über Darlehensaufnahmen, die nicht den Kriterien des Koordinationskomitees über die Haushaltsführung entsprechen, als rechtswidrig erklärt und die Genehmigung des Rechtsgeschäftes versagt werden. Ein derart ausgestalteter Versagungstatbestand erscheint insofern verfassungskonform, als die Beachtung der vom Koordinationskomitee des Landes aufgestellten Haushaltsziele einen Tatbestand im Sinne des Art. 119a Abs. 8 B-VG darstellt, „der die Bevorzugung überörtlicher Interessen eindeutig rechtfertigt“.

Ausdrücklich soll verankert werden, daß die Gemeindeaufsichtsbehörde nur den außerordentlichen Teils des Gemeindevoranschlags aufheben kann, wenn sich die Rechtswidrigkeit des Beschlusses auf diesen Teil bezieht. Somit wird der Vollzug aller ordentlichen Einnahmen und Ausgaben nicht behindert, wenn z.B. der Genehmigung einer Darlehensaufnahme Ziele des Stabilitätspaktes entgegenstehen.

Neben den Änderungen, die sich im Zusammenhang mit dem Österreichischen Stabilitätspakt ergeben, beinhaltet der vorliegende Gesetzesentwurf einige Angelegenheiten, die sich aus der Verwaltungspraxis der Gemeinden in den letzten Jahren ergeben haben. So soll der Gemeinderat bei der Willensbildung über die Besetzung von Dienstposten nicht zwingend den Modus der Abstimmung, sondern auch die Form der Wahl anwenden können.

Schließlich soll in Hinkunft auch der Bürgermeister beim Zahlungsvollzug – allerdings nur gemeinsam mit dem Gemeindegassier - mitwirken können.

Kosten:

Für das Land entstehen zusätzliche Kosten, infolge des zusätzlichen Verwaltungsaufwandes bei der Erfassung und Aufbereitung der Haushaltsdaten für den Bund und bei der Vorbereitung der Entscheidungsgrundlagen für das Koordinationskomitee des Landes. Letztere Kostensteigerung ist auch eine Folge der Vollziehung des Österreichischen Stabilitätspaktes.

Quantifizierbare Kosten der Gemeinden werden durch die Vereinbarung nicht verursacht. Die Verpflichtung zur Haushaltskoordinierung dient vielmehr zur Erreichung dauerhaft stabiler und gesunder öffentlicher Finanzen der burgenländischen Gemeindehaushalte. Die Errichtung des Gemeindefnetzwerkes wird vom Land getragen und ist überdies auch eine Folge der Vollziehung des Österreichischen Stabilitätspaktes.

Besonderer Teil

Zu Z 1 (§ 17 Abs. 2 letzter Satz):

Die Vertretung des Bürgermeisters wird aus systematischen Gründen im § 32 geregelt. Der Inhalt des bisherigen Abs. 2 letzter Satz findet daher dort seinen Niederschlag.

Zu Z 2 (§ 32):

Aus systematischen Gründen soll der bisherige letzte Satz des § 17 Abs. 2 über die Vertretung des Bürgermeisters in diesem Paragraph geregelt werden.

Schwerpunkt dieser Bestimmung besteht in der Neuregelung der Situation bei gleichzeitiger Verhinderung des Bürgermeisters und aller Vizebürgermeister. Die geltende Regelung sieht eine Vertretung des Bürgermeisters bzw. des Vizebürgermeisters durch ein Gemeindevorstands- bzw. Gemeinderatsmitglied nur im Rahmen der Befugnisse des Bürgermeisters bei der Einberufung des Gemeinderates und seiner Funktion im Gemeinderat selbst (wie z.B. Vorsitzführung) vor. Eine Vertretung des Bürgermeisters in sonstigen Angelegenheiten bei gleichzeitiger Verhinderung oder Erlöschen des Amtes des Bürgermeisters und des Vizebürgermeisters sieht die Gemeindeordnung derzeit nicht vor. Mit der vorliegenden Novelle soll auch für diese Fälle eine Vertretungsregelung geschaffen werden.

Die Reihenfolge der Vertretung folgt dem bisherigen System. Den Bürgermeister vertritt der erste Vizebürgermeister, bei dessen Verhinderung vertritt ihn der zweite Vizebürgermeister (sofern eine Gemeinde zwei Vizebürgermeister hat). Sind alle diese Personen gleichzeitig verhindert, wird der Bürgermeister durch das älteste Gemeindevorstandsmitglied seiner Partei vertreten. Hat die Bürgermeisterei neben dem Bürgermeister kein Gemeindevorstandsmitglied oder ist dieses ebenfalls verhindert, dann vertritt das älteste Gemeinderatsmitglied der Bürgermeisterei den Bürgermeister. Ist auch dieses verhindert, fällt dem nächstältesten Gemeinderatsmitglied der Bürgermeisterei die Vertretungspflicht zu. Sind alle Gemeinderatsmitglieder der Bürgermeisterei verhindert oder hat die Bürgermeisterei neben dem Bürgermeister kein weiteres Gemeinderatsmitglied, vertritt in diesem Fall das an Jahren älteste Gemeinderatsmitglied den Bürgermeister.

Zu Z 3 (§ 41 Abs. 3):

Aus der Regelung des geltenden Abs. 3 zweiter Satz, wonach die Abgabe der Stimmen durch Bejahung oder Verneinung zu erfolgen hat, ergibt sich, daß die Anträge so abgefaßt werden müssen, daß die Stimmabgabe mit ja oder nein erfolgen

kann. Bei einer Abstimmung mittels Stimmzettel ist derzeit daher Vorsorge zu treffen, daß jeweils ein ja oder ein nein angezeichnet werden kann.

Aus diesem Grund ist nach der geltenden Rechtslage eine Abstimmung durch Auswahl aus mehreren Personalalternativen nicht zulässig. Nach der geltenden Rechtslage kann eine gültige Abstimmung über die Besetzung eines Dienstpostens nur in der Weise erfolgen, daß jeweils ein Bewerber für die Besetzung des Dienstpostens vorgeschlagen und sodann nur über diesen einen Bewerber abgestimmt wird.

Dem Wunsch der Praxis entsprechend trifft der vorliegende Entwurf eine Ausnahme von diesem Grundsatz. Besetzungen von Dienstposten sollen auch durch Wahl erfolgen können, wenn der Gemeinderat zuvor einen entsprechenden Geschäftsordnungsbeschluß gefaßt hat. In diesem Fall ist in gleicher Weise vorzugehen wie bei der Wahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat nach den Bestimmungen der Gemeindewahlordnung.

Der Hinweis auf die Bestimmungen der Gemeindewahlordnung bedeutet für die Personalaufnahme mittels Wahl auch eine Ausnahme vom Grundsatz des § 41 Abs. 1 erster Satz der geltenden Gemeindeordnung, wonach zu einem gültigen Beschluß grundsätzlich die einfache Mehrheit der in beschlußfähiger Anzahl anwesenden Stimmberechtigten erforderlich ist. Nach dem geltenden § 81 Gemeindewahlordnung 1992 ist nämlich derjenige als gewählt anzusehen, auf den mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen entfällt. Die Mehrheit der in beschlußfähiger Anzahl anwesenden Stimmberechtigten ist in der Gemeindewahlordnung 1992 nicht gefordert.

Allerdings muß auch bei der Besetzung eines Dienstpostens mittels Wahl das Präsenzquorum des § 40 immer gegeben sein.

Der letzte Satz stellt klar, daß auch bei der Besetzung eines Dienstpostens durch Wahl die Befangenheitsbestimmungen des § 48 anzuwenden sind.

Zu Z 4 (§ 56 Abs. 4):

Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit sind solche institutionelle Einrichtungen der Gemeinde, die über eine vollständige Rechnungsführung verfügen, weitgehende Entscheidungsfreiheit in der Ausübung ihrer Hauptfunktion besitzen und mindestens zur Hälfte kostendeckend geführt werden.

Entsprechend den gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen über die marktbestimmten Betriebe können diese durch Beschluß eines Betriebsstatutes eingerichtet werden. Wesentliches Merkmal des marktbestimmten Statutes ist ein Betriebsleiter, dem zumindest die Entscheidung im operativen Bereich übertragen werden muß.

Zu Z 5 (§ 61 Abs. 3):

Der Voranschlag unterliegt gemäß § 83 der Rechtmäßigkeitskontrolle der Aufsichtsbehörde. Daher ist ein Beschluß über den Voranschlag, der z.B. gegen die Bestimmungen der Gemeindeordnung, der Gemeindehaushaltsordnung oder der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung verstößt, von der Aufsichtsbehörde aufzuheben.

Mit dieser Bestimmung soll daher ein weiteres Kriterium als Maßstab der Rechtmäßigkeitskontrolle bei der Voranschlagsprüfung eingeführt werden. Im Unterschied zu den bereits geltenden Prüfungsmaßstäben, die sich nicht in erster Linie am Haushaltsergebnis der Gesamtheit der burgenländischen Gemeinden orientieren, dient diese Bestimmung ausschließlich der Einhaltung des gesamtstaatlichen Zieles einer koordinierten Haushaltsplanung, die mittelfristig einen nahezu ausgeglichenen Haushalt oder einen Überschuß vorsieht.

Nach Art. 1 Abs. 2 lit. d des Stabilitätspaktes hat das Koordinationskomitee des Landes unter anderem die Grundsätze und Eckdaten für die Erstellung der Voranschläge des nächsten Jahres unter Berücksichtigung der gesamtstaatlichen Haushaltsziele festzulegen. Um diesen Grundsätzen zum Durchbruch zu verhelfen, muß ein Instrumentarium zu ihrer Umsetzung geschaffen werden. Hiezu dient diese Bestimmung, indem sie diese Grundsätze der Haushaltskoordinierung des Koordinationskomitees zum Maßstab der Rechtmäßigkeitskontrolle des Voranschlages erklärt.

Zu Z 6 (§ 61 Abs. 4 und 5):

Damit das Koordinationskomitee des Landes und die Gemeindeaufsichtsbehörde allenfalls lenkend eingreifen können, wenn ein übermäßiges Defizit der Gesamtheit der burgenländischen Gemeinden in einem Haushaltsjahr droht, müssen diese möglichst frühzeitig Kenntnis von den voraussichtlichen Haushaltsergebnissen der Gemeinden erhalten.

Zwar ist der Voranschlag einer Gemeinde gemäß § 60 Abs. 1 Gemeindeordnung so rechtzeitig zu beschließen, daß dieser mit Beginn des Haushaltsjahres in Wirksamkeit treten kann, doch wird dieser gesetzlichen Verpflichtung aus unterschiedlichen Gründen nicht immer entsprochen. In diesem Fall soll der Bürgermeister verpflichtet werden, der Aufsichtsbehörde bis spätestens 31. Jänner des Haushaltsjahres wenigstens den Entwurf des Voranschlages vorzulegen, damit diese bereits möglichst zu Beginn des Haushaltsjahres erkennen kann, ob das Haushaltsziel der Gesamtheit der burgenländischen Gemeinden erreicht wird bzw. das Koordinationskomitee des Landes entscheiden kann, welche Lenkungsmaßnahmen zur Vermeidung eines übermäßig hohen Defizites getroffen werden müssen.

Die Festlegung der Vorlagefrist ergibt sich auch aus der Verpflichtung der Gemeindeaufsichtsbehörde, ihrerseits die Daten der Gemeinden an das Österreichische Statistische Zentralamt weiterzuleiten, die es dem gesamtösterreichischen Koordinationskomitee ermöglichen, seinerseits die Einhaltung der gesamtstaatlichen Ziele zu überwachen.

Voraussichtlich Mitte des Jahres 2000 werden alle Gemeinden des Burgenlandes an des Gemeinденetzwerk des Landes angeschlossen sein. Zum Zwecke einer rascheren Datenübermittlung und Datenerfassung werden die Gemeinden verpflichtet, sich dieser Einrichtung der elektronischen Datenübermittlung zu bedienen, sobald die technischen Möglichkeiten hierzu vorhanden sind. Da bereits alle Gemeinden ihre Voranschläge mittels EDV erstellen, soll bis zur Einrichtung des Gemeinденetzwerkes in der Gemeinde die Übermittlung des Voranschlages bzw. des Voranschlagsentwurfes zumindest mittels Diskette erfolgen.

Der Gemeindeaufsichtsbehörde soll es vorbehalten bleiben, auch schriftliche Ausfertigungen des Voranschlages bzw. des Voranschlagsentwurfes zu verlangen. Dies kann z.B. notwendig sein, wenn die elektronisch übermittelten Voranschlagsdaten mit dem Gemeindeausdruck, der dem Gemeinderat bei seiner Beschlußfassung vorgelegen ist, verglichen werden müssen.

Zu Z 7 (§ 65):

Darlehensaufnahmen sind gemäß § 80 Gemeindeordnung an eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde gebunden. Diese ist unter anderem bei Verletzung gesetzlicher Vorschriften zu versagen.

Mit der vorliegenden Neuregelung der Abs. 2 und 3 soll die Darlehensaufnahme zusätzlichen Kriterien unterworfen werden.

Investitionen für den öffentlichen Haushalt, die die Aufnahme von Darlehen erfordern, können die Einhaltung der Defizitquote der Gesamtheit der Gemeinden des Landes gefährden. Wie bei der Voranschlagsprüfung bieten die geltenden Instrumente der Gemeindeordnung nicht die Möglichkeit, die Genehmigung der Darlehensaufnahme vom Erreichen des Haushaltszieles der Gesamtheit der Gemeinden abhängig zu machen. Mit der gegenständlichen Bestimmung soll daher indirekt ein weiterer Genehmigungstatbestand für Darlehensaufnahmen geschaffen werden, der sich am landesweiten Haushaltsziel orientiert. Hiebei geht der Entwurf von folgenden Überlegungen aus:

Darlehen der Gemeinden für Investitionen, die in dem nach dem Voranschlags- und Rechnungsquerschnitt zu ermittelnden Finanzierungssaldo nicht einzubeziehen sind (dies sind Darlehen für eingerichtete marktbestimmte Betriebe), sind nach den bisherigen Kriterien zu prüfen.

Darlehen der Gemeinden für Investitionen, die zwar im oben genannten Finanzierungssaldo zu berücksichtigen sind, aber ein allfälliges Maastricht-Defizit der Gemeinde nicht nachteilig verändern, weil z.B. die Zahlungsverpflichtungen aus Darlehensaufnahmen zur Gänze durch Kürzung der Ermessensausgaben aufgewogen werden, unterliegen ebenfalls den bisherigen Genehmigungskriterien. Darlehensaufnahmen für Investitionen, die das Ergebnis des obigen Finanzierungssaldos verschlechtern, dürfen nur aufgenommen werden, wenn sie den Grundsätzen entsprechen, die das Koordinationskomitee des Landes zum Zwecke der Haushaltskoordinierung festlegt. Weiters muß die Darlehensaufnahme nach Prüfung aller anderen Finanzierungsmöglichkeiten unumgänglich sein. Ist etwa eine Leasingfinanzierung günstiger, darf ein Darlehen nicht aufgenommen werden.

Wenn die Gemeinde ein Darlehen für eine wirtschaftliche Unternehmung aufnehmen will, die trotz Vorliegen der Voraussetzungen nicht als marktbestimmter Betrieb geführt wird, verändert sie nachteilig das Maastricht-Ergebnis der Gesamtheit der Gemeinden. Solche Darlehen dürfen nach Abs. 3 daher nicht aufgenommen werden.

Die bundesverfassungsrechtliche Ermächtigung für diese Versagungstatbestände ergibt sich aus Art 119a Abs. 8 letzter Satz B-VG, wonach als Grund für die Versagung der Genehmigung nur ein Tatbestand vorgesehen werden darf, der die Bevorzugung überörtlicher Interessen eindeutig rechtfertigt. Die Einhaltung der Haushaltsziele stellt sicherlich ein derartiges überörtliches Interesse dar, welches gegenüber dem Einzelinteresse der Gemeinde an einer Darlehensgenehmigung zu bevorzugen ist.

Zu Z 8 (§ 68 Abs. 1 letzter Satz):

Die Voraussetzungen, unter welchen die Rechnungsabschlüsse und Geschäftsberichte der Betriebe, der betriebsähnlichen Einrichtungen und der wirtschaftlichen Unternehmungen dem Rechnungsabschluß der Gemeinde angeschlossen werden müssen, regelt § 17 Abs. 2 Z 3 VRV.

Die diesbezügliche Regelung in der Gemeindeordnung entspricht nicht der VRV und soll ersatzlos entfallen.

Zu Z 9 (§ 68 Abs. 5):

Die geltende Fassung der Gemeindeordnung sieht lediglich vor, daß der Rechnungsabschluß spätestens drei Monate nach Ablauf des Haushaltsjahres dem Gemeinderat vorzulegen ist. Eine Frist für die Genehmigung des Rechnungsabschlusses durch den Gemeinderat und für die Vorlage an die Aufsichtsbehörde enthält die Gemeindeordnung nicht. Nach dem nunmehrigen Entwurf ist der Rechnungsabschluß so zeitgerecht zu beschließen, daß ihn der

Bürgermeister spätestens am 30. April nach Ablauf des Haushaltsjahres der Aufsichtsbehörde vorlegen kann.

Zu Z 10 (§ 68 Abs. 6 und 7):

Der Bund hat Anfang März unter anderem die vorläufigen Rechnungsabschlußdaten an die Europäische Union zu melden. Der Bürgermeister soll daher verhalten werden, bis spätestens 31. Jänner nach Ablauf des Haushaltsjahres einen Entwurf des Rechnungsabschlusses, und sofern der Rechnungsabschluß bis zu diesem Zeitpunkt bereits genehmigt wurde, diesen der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Für die Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung der Rechnungsabschlüsse gelten die Ausführungen unter Z 6 sinngemäß.

Zu Z 11 (§ 69 Abs. 1 und 2):

Für den Fall, daß der Gemeinderat pflichtwidrig die Bestellung des Gemeindegassiers nicht vornimmt, bietet die Gemeindeordnung lediglich die Möglichkeit der Ersatzvornahme durch die Aufsichtsbehörde. Dieses Instrument kann infolge der einzuhaltenden Verfahrensschritte (vorhergehende Rechtsbelehrung und Androhung der Ersatzvornahme mit Bescheid, angemessene Fristsetzung zur Pflichterfüllung) nicht immer den Erfordernissen entsprechend rasch eingesetzt werden.

Auch für den Fall der Verhinderung des Gemeindegassiers gibt es derzeit keine Regelung, wer die Gemeindegassa zu führen hat und Zahlungsanordnungen vollziehen kann. Die Leistung fälliger Zahlungen ist damit blockiert.

Mit dem Entwurf soll bei Vakanz des Amtes des Gemeindegassiers oder bei dessen Verhinderung über voraussichtlich mehr als zwei Wochen der Bürgermeister verpflichtet werden, einen Gemeindebediensteten als Gemeindegassier zu bestellen. Die Bestellung geschieht in Form einer Dienstanweisung.

Die Bestimmungen über die Kassenführung der Gemeindeordnung gehen vom Grundsatz der Trennung von Zahlungsanordnung und Zahlungsvollzug aus. Derjenige, der die Zahlung anordnet, darf sie nicht selbst vollziehen. Für die Leistung von Zahlungen ist der Gemeindegassier allein zuständig. Der Bürgermeister als anordnendes Organ darf derzeit beim Zahlungsvollzug auch als zweite zeichnungsberechtigte Person nicht fungieren. Häufig wird vom Gemeinderat als zweiter Zeichnungsberechtigter eine Person bestellt, die dann in der Praxis aus beruflichen Gründen nicht während der Amtsstunden in das Gemeindeamt kommen kann. Aus diesen Gründen erweist es sich als zweckmäßig, wenn auch der Bürgermeister als zweiter Zeichnungsberechtigter gemeinsam mit dem Gemeindegassier beim Zahlungsvollzug tätig werden darf. Er ist in der Regel

schneller erreichbar und hat als anordnendes Organ gleichzeitig einen besseren Überblick über die zu überweisenden Beträge.

Die näheren Bestimmungen über die Art der Mitwirkung des Bürgermeisters beim Zahlungsvollzug werden in der Gemeindehaushaltsordnung zu regeln sein.

Zu Z 12 (§ 77 Abs. 2):

In Hinkunft soll die Vorstellung nicht nur schriftlich oder telegrafisch bei der Gemeinde eingebracht werden können, sondern - ähnlich wie die Eingaben nach dem AVG – in jeder technisch möglichen Weise eingebracht werden können.

Zu Z 13 (§ 83 Abs. 2):

Diese Bestimmung soll klarstellen, daß bei Rechtswidrigkeit nur des außerordentlichen Teiles des Gemeindevoranschlags nur dieser aufgehoben werden kann. Damit soll verhindert werden, daß bei Rechtswidrigkeit des außerordentlichen Teiles des Voranschlags die Gemeinde hinsichtlich der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben wieder in das Stadium des Budgetprovisoriums oder gar in den budgetlosen Zustand fällt.